Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

Sonntags-Ausgabe

Bezugspreis: für Leipzig und Vororte zweimal täglich ins Haus gebracht monatlich M. 2.00, vierteljährlich M. 6.00; für Abholer monatlich M. 1.70; durch unsere auswärtigen Filialen ins Haus gebracht monatlich M. 2.25, vierteljährlich M. 6.50; durch die Post innerhalb Deutschlands Gesamt-Ausgabe monatlich M. 2.23, vierteljährlich M. 6.70; Morgen-Ausgabe M. 1.50, Abend-Ausgabe M. 0.80, Sonntags-Ausgabe M. 0.50 monatlich (ausschließlich Postbestellgebühr).

Hauptschriftleiter: Dr. Erich Everth, Leipzig.

112. Jahrgang

Anzeigenpreis: für Gr.-Leipzig u. Umgeb. die einspalt. Kolonelzeile 35 Pf., a. ausw. 50 Pf.; Anzeigen a. Behörden im amtl. Teil die Kolonelzeile 80 Pf., a. ausw. 85 Pf.; kleine Anzeigen die Kolonelzeile 30 Pf., auswärts 35 Pf.; Geschäftsanzeigen mit Platzvorschriften im Preise erhöht. Beilagen: Gesamtauflage M. 7.— das Tausend ausschl. Postgebühr. Einzelnummer 10 Pf. — Sonn- und Festtags 15 Pf. Fernsprech-Anschluß Nr. 14692, 14693 und 14694. — Postscheckkonto 7508. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Johannisgasse Nr. 8.

Verlag: Dr. Reinhold & Co., Leipzig.

Nr. 175 — Sonntag, den 7. April — **1918**

Deutscher Vorstoß über die Oise

wtb. Berlin, 6. April abends. (Amtlich.)

Von dem Schlachtfelde zu beiden Seiten der Somme nichts Neues. Französische Angriffe auf dem Westufer der Avre scheiterten.

Südlich von der Oise sind wir in die feindliche Stellung bei Amigny eingedrungen.

*

Aus der amtlichen Meldung geht hervor, daß unsere Truppen die Oise östlich Chauny überschritten haben und sich im Angriff auf die sich längs des Flusses hinziehenden französischen Befestigungen befinden, deren Schlüssel in Gobain ruht. Bei Amigny sind sie in die feindliche Linie eingebrochen. Den französischen Heeresberichten war vor einigen Tagen zu entnehmen, daß ein deutsches Bataillon die Oise überschritten und einen Brückenkopf auf dem Süduser der Oise zu errichten versucht hätte. Die Franzosen rühmten sich, uns wieder über den Fluß getrieben zu haben. Es hat sich offenbar damals um eine Erkundung gehandelt.

Unser Vorstoß über die Oise ist in taktischer wie strategischer Hinsicht eine Ueberraschung; denn man hatte von dieser Richtung aus immer einen französischen Gegenstoß gegen die Flanke unserer im Raume von Amiens operierenden Heere erwartet. Nun ist es freilich ein von unserer Heeresleitung schon häufig angewendeter Schachzug, auch an jenen Stellen offensiv vorzugehen, wo die strategischen Verhältnisse eigentlich die Defensive bedingen und so dem gegnerischen Angriff zuvorkommen. Ob es sich bei dem Vorstoß über die Oise um solch ein Manöver handelt, ähnlich wie der Ansturm Hutiers gegen die Crozatstellung und gegen Nagon, oder ob der Schwerpunkt unserer Offensive nach Süden in Richtung Soissons—Compiègne—Paris verschoben wurde, während der Gegner seine sämtlichen Reserven im Raume von Amiens versammelt hat, muß abgewartet werden.

Tammerfors kapituliert

Stockholm, 6. April. (Drahtbericht.) Das finnische Hauptquartier meldet unter dem 6. April, ½3 Uhr morgens: Die erste große Operation der finnischen Armee ist erfolgreich beendet. Die Rote Garde von Tammerfors hat sich ergeben.

Stockholm, 6. April. (Drahtbericht.) Das finnische Hauptquartier meldet unterm 4. April: Das Satakunta-Korps hat den Feind zurückgeworfen. In dem von uns eingeschlossenen Tammerfors dauern erbitterte Straßenkämpfe an, in denen wir die Oberhand haben. Schritt für Schritt wird der Feind zurückgedrängt. Wir haben den Bahnhof genommen, die Stromschnelle überschritten und die Esplanade erreicht. Auf der Karelien-Front ist die Lage unverändert, ebenso in Karelien, wo sowohl auf der Jonkreno- als auch auf der Rautus-Front heftiges Artilleriefeuer anhält.

Der Generalquartiermeister.
Ignatius.

Wie „Stockholms Tidningen" aus Wasa erfährt, hat sich in den letzten Tagen die Gefechtstätigkeit an der ganzen finnischen Front erheblich vermehrt. Die weißen Gardisten unternehmen gegen Björneborg eine Offensive und haben Verstärkungen nach Karelien gesandt. Das ganze Land wartet auf den Angriff der Deutschen gegen Helsingfors und Abo. Demgegenüber schwindet nach Aussagen von Augenzeugen die Zuversicht im Lager der Roten Gardisten täglich mehr. Die Führer der Aufruhrregierung, Manner und Sirola, sind nach zuverlässigen Angaben aus Helsingfors verschwunden. Wie „Dagens Nyheter" erfahren, greift die Verstimmung unter den Roten Gardisten auch deshalb um sich, weil die Soldaten nicht mehr, wie bisher, ihre Löhnung regelmäßig erhalten. Statt 15 ℳ pro Tag erhalten die Truppen jetzt nur 25 ℳ pro Woche. In aller Stille bildet sich in Südfinnland eine Blaue Bürgergarde, die später den Weißen Gardisten helfen will. Sie soll bereits aus 3000 Mann bestehen.

Generalfeldmarschall von Eichhorn übernimmt den Oberbefehl in der Ukraine

Kiew, 6. April. (Drahtbericht.) Generalfeldmarschall von Eichhorn ist gestern hier eingetroffen, um den Oberbefehl über die in der Ukraine befindlichen deutschen Truppen zu übernehmen. Er wurde am Bahnhof durch den Botschafter Freiherrn von Mumm, den Chef des Stabes mit dem Offizierkorps, den ukrainischen Ministerpräsidenten Golubowitsch, den Kriegsminister Shukowski sowie durch die Mitglieder der deutschen Ukraine-Delegation empfangen und begab sich sodann in das ihm von der ukrainischen Regierung zur Verfügung gestellte Palais Popow.

Oesterreichisch-ungarischer Heeresbericht

Wien, 6. April. Amtlich wird verlautbart:
In Italien ließ die Gefechtstätigkeit wieder nach.

Der Chef des Generalstabs. (W. T. B.)

Sozialpolitik im Friedensvertrage

Von

Dr. Junck, M. d. R.

Bei der Beratung des russischen Friedensvertrages hat der Reichstag einen Beschluß gefaßt, der von größter grundsätzlicher Bedeutung ist und einen Markstein in der Geschichte der Sozialpolitik bilden könnte. Der Beschluß lautet: „Den Reichskanzler zu ersuchen, beim Abschluß der künftigen Friedensverträge dahin zu wirken, daß Vereinbarungen über eine Mindestforderung auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes und der Sozialversicherung zwischen den vertragschließenden Staaten herbeigeführt werden und für die Ausgestaltung eines internationalen Arbeiterschutzes und der Sozialversicherung die Grundlage einer weiteren Entwicklung geschaffen wird."

Der Beschluß wurde einstimmig gefaßt und vom Auswärtigen Amt lebhaft begrüßt. Auch der Staatssekretär des Reichswirtschaftsamtes, also der für Sozialpolitik zuständigen Stelle, ließ sein Einverständnis erklären. Sonach ist zu hoffen, daß bei den künftigen Friedensverhandlungen die Sozialpolitik zu der Geltung gelangen wird, die ihr zukommt. Arbeiterschutz und Sozialversicherung. In ihnen verkörpert sich die Fürsorge für das arbeitende Volk, die als eine Pflicht des Staates erkannt zu haben, für alle Zeiten ein Ruhmestitel der Deutschen sein wird. Die Deutschen waren es, die den stolzen Bau ihrer Reichsversicherungsordnung aufführten, der weit hinaus über die Grenzen des Reiches als ein Wahrzeichen deutscher Gesetzgebungskunst und deutschen Pflichtbewußtseins sichtbar ist, der ganzen Welt zur Nacheiferung. Und ebenso war es die deutsche Gesetzgebung, die den Schutz der arbeitenden menschlichen Persönlichkeit bahnbrechend in die Hand nahm; es genügt hier, zugleich um die Tragweite des Reichstagsbeschlusses zu kennzeichnen, an die Begrenzung der Arbeitszeit, insbesondere für den Sonntag, und an den Schutz der Frauen, Jugendlichen und Kinder zu erinnern. Und nunmehr sind es wiederum die Deutschen, diese angeblichen Kulturfeinde, die in so großen, die ganze Menschheit berührenden Fragen Träger des Fortschrittes sein wollen.

Uebrigens würde Deutschland, wenn es in den Friedensverträgen Sozialpolitik triebe, auch klug und weise handeln. Denn jetzt gilt es die Verluste an Menschenkraft wieder herzustellen, die beinahe die gesamte Kulturwelt in diesem furchtbaren Kriege erlitt und noch erleidet. Will man den Gesichtspunkt der Nützlichkeit noch schärfer betonen: Deutschland kann dem Wiederaufbau seines eigenen Wirtschaftslebens nicht besser dienen, als wenn es seine Feinde veranlaßt, gleiche sozialpolitische Lasten auf sich zu nehmen, — ein Gedanke, der ebenfalls im Reichstage zum Ausdruck gebracht worden ist. Wir zögern jedoch nicht, unserseits zu erklären: im Vordergrund steht zweifellos die ideale Seite, nämlich die Tatsache, daß hier ein allgemein menschliches Hochziel zur internationalen Geltung gebracht werden soll.

Damit wird an Bestrebungen angeknüpft, die schon vor dem Kriege begonnen hatten und auch während des Krieges nicht ganz erloschen waren. Sowohl auf der Konferenz von Vertretern der Gewerkschaften Frankreichs, Englands, Belgiens und teilweise Italiens, die im Juli 1916 zu Leeds stattfand, als auch auf der Berner Konferenz des Internationalen Gewerkschaftsbundes im Oktober 1917, woran Vertreter der Mittelmächte und der neutralen Länder teilnahmen, ist ähnliches besprochen worden. Beide Konferenzen wünschten, daß das Internationale Arbeitsamt in Basel als zwischenstaatliches Organ für die Durchführung des Arbeiterschutzes anerkannt werden möge. Demgegenüber findet der Beschluß des Reichstages seine Bedeutung darin, daß die internationale Sozialpolitik nunmehr aus dem Bereiche der Wünsche in das der Tat gelangen soll. Je gewaltiger der heiß erkämpfte deutsche Sieg sein wird, um so eher kann Deutschland seinen Gegnern mit heilsamem Zwange dasjenige auferlegen, was ihnen ihr eigenes Pflichtbewußtsein gebieten sollte. Und mit solchen Friedensbedingungen wird Deutschland dereinst vor der Weltgeschichte als dem Weltgerichte bestehen können. Sache der Reichsregierung ist es jetzt, die Aufgabe entschlossen in die Hand zu nehmen und durchzuführen. Geschieht dies, dann kann schließlich auch aus diesem furchtbaren Kriege neues Leben erblühen und die Sozialpolitik wird dereinst zu den Fäden gehören, durch die die zerrissene Menschheit wieder untereinander verbunden wird.

Der Reichstag seinerseits möge über seinem Beschlusse wachen. Auch sonst warten seiner große sozialpolitische Aufgaben. Insbesondere mag jetzt endlich dem Koalitionsrechte der ihm gebührende Platz in der deutschen Gesetzgebung angewiesen werden. Dieses Recht muß von den unvernünftigen Fesseln gewisser Bestimmungen der Gewerbeordnung befreit werden; es muß ein Ende damit gemacht werden, daß gerade für die Koalitionen, ohne deren Mitarbeit das Vaterland in diesem Kriege längst untergegangen wäre, ein ihrer unwürdiges Ausnahmerecht gilt.

Was den Arbeiterschutz anlangt, so möchte an dieser Stelle daran erinnert werden, daß Finnland am 18. August 1917 ein allgemeines Arbeitsgesetz erlassen hat, worin namentlich Vorschriften über die Arbeit von Kindern, Jugendlichen und Frauen zusammengefaßt sind; andere sozialpolitische Gesetze und Verordnungen haben sich angeschlossen; alles zeugt von sozialpolitischem Verständnis. Schöner konnte der junge finnische Staat seinen Eintritt in die Reihe der Kulturvölker und seine Ebenbürtigkeit mit ihnen nicht bekunden, als auf diese Weise. So wird die nächste Zukunft der Völker unter dem Zeichen der Sozialpolitik stehen. In Deutschland lädt zur rechten Stunde die immer rührige Gesellschaft für Soziale Reform auf den 14. April zu einer großen Kundgebung für Sozialpolitik nach dem Kriege ein. Möchten die dort gesprochenen Worte mächtig hinaustönen in alle Lande!

Lord Cecil zu Czernins Rede

Haag, 6. April. (Eigener Drahtbericht.) Aus London wird gemeldet: Lord Robert Cecil hat sich in einer Unterhaltung mit dem Korrespondenten von Reuter über die jüngsten Erklärungen des Grafen Czernin wie folgt geäußert: Welche Zweifel bezüglich Czernins Haltung über seine jüngsten Erklärungen auch bestanden haben mögen, es ist kein Zweifel mehr möglich, daß er die preußischen Ideale und die preußische Politik vertritt. Er hat gesagt, daß das Friedensangebot der Zentralmächte nur mäßige Forderungen enthalte und nicht nur auf den Prinzipien des Selbstbestimmungsrechtes begründet sei, sondern auch die Formel „Keine Annexionen und keine Kontributionen" enthalte. Was das Selbstbestimmungsrecht der Völker in Rußland anlangt, so sind alle neuen Staaten in Rußland organisiert worden, ohne daß man sich um die Wünsche der Bevölkerung irgendwie bekümmert hat. Die Völker hatten sich nur zu fügen. Im Norden sind die Wünsche einer kleinen Clique deutscher Barone ausschlaggebend gewesen, also nur eines ganz bedeutungslosen Teiles der Bevölkerung, während die Wünsche der großen Masse der Bevölkerung einfach unbeachtet gelassen sind. Ja, es wurde noch nicht einmal der Versuch gemacht, den Wünschen und Ansprüchen der verschiedenen Rassen, wie Esten, Letten, Litauer, Polen und Ukrainer Rechnung zu tragen. Sie wurden einfach wie Minderjährige behandelt und einem Staate zugeteilt, ohne auf ihre Vergangenheit und ihre Rassen irgendwelche Rücksicht zu nehmen.

Mit Rumänien ist man in gleicher Weise verfahren. In der Dobrudscha, die Bulgarien überlassen wurde, wohnen nur 18 Prozent Bulgaren gegen 55 Prozent Rumänen, wogegen derjenige Teil von Bessarabien, der augenscheinlich Rumänien überlassen werden soll, einen verschwindend kleinen Prozentsatz von Rumänen enthält. Vielleicht ist der heuchlerischste Teil des Friedensangebotes derjenige, in dem es so dargestellt wird, als wollten die Zentralmächte keine Kriegskontributionen beanspruchen, während sie doch tatsächlich den Besiegten solche auferlegt haben. Es ist eine sonderbare Regelung für die neuen Staaten, daß sie keine Verpflichtungen gegenüber Rußland zu übernehmen brauchten, die aus ihrer früheren Zusammengehörigkeit mit Rußland hergeleitet werden können. Dies hat zur Folge, daß die ganze Staatsschuld, die bisher von dem gesamten Rußland getragen wurde, von allen diesen Staaten einfach abgeschüttelt wurde.

Bezüglich der Ukraine scheint Czernins Wunsch, alle Lebensmittel zu erhalten, nicht auf einen Ankauf, sondern auf eine unzweideutige Beschlagnahme hinauszugehen. Außerdem müssen die Kosten aller während des Krieges vorgenommenen Requisitionen durch die Zentralmächte von der Kaufsumme abgeschrieben werden. Dies beträgt für Rumänien 35 Millionen Pfund Sterling Unkosten. Außerdem beanspruchen die Zentralmächte das ausschließliche Recht, über diese Fälle zu entscheiden. Es soll hierfür ein Sondergerichtshof in Leipzig errichtet werden. Es ist wohl zu verstehen, daß Graf Czernin in einer Anwandlung von Offenherzigkeit gesagt hat, daß beim Friedensschluß mit der Ukraine und mit Rumänien sein erster Gedanke der war, Oesterreich-Ungarn mit den nötigen Lebensmitteln und Rohstoffen zu versorgen. Jawohl, das war in der Tat der einzige Zweck dieses Friedens, der zur Folge hat, daß Oesterreich-Ungarn wirtschaftliche und strategische Vorteile gewinnt, wogegen die Ukraine und Rumänien vollständig der Gnade der Zentralmächte ausgeliefert erscheinen. Lord Robert Cecil sagte zum Schluß, daß er die preußische Brutalität der österreichischen Heuchelei vorziehe. Er schloß: „Wenn man seine Nachbarn ausplündern und erdrosseln will, ist es besser, nicht über Mäßigung zu reden."

Sturmzeichen im Wiener Parlament

Wien, 6. April. (Eigener Drahtbericht.) Die wenigen Abgeordneten, die sich heute im Abgeordnetenhause eingefunden haben, erörterten sehr lebhaft die politische Situation, die sich infolge der Auswirkungen der Rede des Grafen Czernin am Dienstag von Stunde zu Stunde ungünstiger gestaltet. Man weiß, daß jene Parteien, die von dem Grafen Czernin so stark angegriffen wurden, sich für eine politische Aktion vorbereiten, die darauf abzielt, bei der Einbringung des Budgetprovisoriums und dessen Beratung der Regierung die größten Schwierigkeiten zu bereiten. Die Mißstimmung hat auch auf die Ukrainer übergegriffen, die es für sehr gefährlich finden, daß Graf Czernin in der gegenwärtigen Zeit eine so große Partei des Hauses so stark angreifen konnte. Im Abgeordnetenhause glaubt man heute, daß das Haus erst am 23. April zusammentreten wird. Darauf deutet auch der Umstand hin, daß die verschiedenen, für die nächste Woche einberufenen Ausschüsse den Termin ihrer Beratungen wieder verschoben. Für den Donnerstag sind die Mitglieder der christlich-sozialen Vereinigung und Vertreter der deutschnationalen Gruppen zur Besprechung über die Verfassungsrevision eingeladen worden.

Wien, 6. April. (Drahtbericht.) Die „Deutsch-Nationale Korrespondenz" wendet sich gegen die von tschechischer Seite ausgestreuten Gerüchte über eine Demission des Grafen Czernin.

Radoslawow über die Ansprüche Bulgariens

Sofia, 6. April. (Bulgarische Telegraphen-Agentur.) Da auf der Tagesordnung die Forderung eines Kredits von ungefähr 2 Milliarden Franken zur Deckung der tatsächlichen Ausgaben für Material und Kriegslieferung stand, benutzte Ministerpräsident Radoslawow diese Gelegenheit in der Sobranje, um die ausgezeichnete Lage Bulgariens zu beleuchten, das am Kriege teilgenommen hat, um seine nationale Einheit zu verwirklichen. Diese Lage verdanke es vor allem der glänzenden Haltung der Armee. Radoslawow hob hervor, daß die Erlangung der Dobrudscha die erste Stufe zur Verwirklichung des nationalen Ideals sei. Die Dobrudscha, erklärte Radoslawow, ist zu uns zurückgekommen in erster Linie, weil die Bevölkerung, die sie bewohnt, sich für Bulgarien entschied, ferner, weil die bulgarischen Truppen unseren Verbündeten im Kampfe gegen Rumänien entscheidende Hilfe leisteten, indem sie sich für die Befreiung der bulgarischen Provinz schlugen und auch weil die Diplomatie unserer Verbündeten unsere nationalen Ansprüche in den Friedensverhandlungen unterstützte. Aber diese Frage ist nun erledigt. Wir haben kein Haßgefühl mehr gegen Rumänien, das wir im Gegenteil gern zum Freunde haben möchten. Der Friede mit Rumänien ist eine Folge des Friedens von Brest-Litowsk mit der Ukraine und Groß-Rußland. Unsere nationalen Bestrebungen begegnen warmer Sympathie in diesen russischen Ländern. Alle Welt erkennt den bulgarischen Charakter der Dobrudscha, Mazedoniens und des Morawalandes an. Alsdann appellierte Radoslawow an die Abgeordneten, sie möchten einstimmig ohne Debatte den geforderten Kredit bewilligen zum Zeichen des Vertrauens auf die Armee. Nach diesen Erklärungen des Ministerpräsidenten wurden die Tribünen von dem Publikum und den Journalisten geräumt und die Sitzung hinter verschlossenen Türen fortgesetzt, in welcher der Kriegsminister Reidenow vertrauliche Ausführungen machte.

Türkischer Vormarsch im Kaukasus

wtb. Konstantinopel, 5. April. (Heeresbericht.) Palästinafront: Rege beiderseitige Artillerie- und Fliegertätigkeit von der Küste bis zum Jordan.

Kaukasusfront: Unsere Truppen haben auf breiter Front den Vormarsch fortgesetzt. Nördlich des Wansees wurde Erdschicht nach heftigem Kampf besetzt. Starke Vorstellungen und befestigte Ortschaften westlich Sari Kamisch sind erstürmt worden. Ardahan ist genommen. 34 Mörser und viel Munition gelangten hier in unseren Besitz. An der Schwarzmeerküste ist die frühere Grenze in Richtung Batum überschritten. Auf den übrigen Fronten nichts von Belang.

SLUB
Wir führen Wissen.